

## Von nichts kommt nichts!

Eine absolute Mehrheit der CDU in Hamburg und eine genauso beschissene Regierung auf Bundesebene, 10 Euro beim Arzt, Studiengebühren (bald nicht mehr nur) für sogenannte Langzeitstudis, etc. – die Dinge die einem das Leben versauen wollen nicht weggehen sondern beginnen einen förmlich zu erdrosseln. Der Streik, verschiedene Demos und andere Aktionen haben zwar einzelne aus ihrer Lethargie gerissen, konnten aber nicht den notwendigen Druck ausüben, um die eigenen Forderungen durchzusetzen. Daran ändern auch die selbstgeschaffenen Welten einiger studentischer Gruppen nichts, welche für sich reklamieren, nicht nur den Senat gestürzt und Schills Wiedereinzug in die Bürgerschaft verhindert zu haben, sondern auch mit abstrakter-Humanismus-Propaganda fast den Irakkrieg 2003 gestoppt zu haben.

Um wirklich mehr als nur Brosamen und gute Worte zu erhalten ist es notwendig, über die bisherige Art und Weise studentischer Proteste hinauszugehen. Der universitäre Normalzustand muss durch Streiks, Demos und Aktionen nicht nur durchbrochen werden, vielmehr muss dem grauen Alltag auch ein Stück dessen entgegengesetzt werden, was jenseits von Verwertungslogik und Warenförmigkeit liegt – die generalisierte Selbstverwaltung der angelegneten (d.h. besetzten) Räume als Vorschein, als Gegenentwurf einer anderen Gesellschaft. Das funktioniert allerdings nicht, wenn die Mehrheit derjenigen, welche auf Vollversammlungen für Aktionen und Streiks stimmen damit nur meinen, andere sollen für sie aktiv werden. Nur Selbsttätigkeit und Selbstorganisation einer großen Masse schaffen Voraussetzungen ein kreatives und radikales Vorgehen und verhindern die Übernahme der Bewegung durch selbsternannte Avantgarden.

Alleine, nur als Studierende kann man sich nur unter sehr günstigen Bedingungen etwas durchsetzen, da die Druckpotenziale von Studierenden auf Grund ihrer gesellschaftlichen Position und Anzahl begrenzt sind. Wir brauchen BündnispartnerInnen, dies werden tendenziell diejenigen sein, welche ebenfalls von Kürzungen und Angriffen bedroht sein werden und daher auch das Potenzial besitzen, kollektiv in Bewegung zur Durchsetzung eigener Interessen zu geraten – Professoren, Unipräsidenten und Medien gehören nicht dazu. Auf der Ebene von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung müssen die aktiven Studierenden daher praktische Solidarität mit Gruppen aus Bereichen wie Schulen, Gewerkschaften, Sozialpolitik, etc. suchen und verbreiten. Außerdem sind Studis nicht nur Rindis sondern auch Patientinnen, Lohnabhängige, MieterInnen, etc.

Schließlich muss noch gesagt werden, dass die Gegenseite nicht durch nach außen gekehrte Harmlosigkeit, bunte Spaßaktionen oder den Versuch, die eigene Ver-

wertbarkeit/Nützlichkeit unter Beweis zu stellen zu beeindrucken ist. Derartige Zeichen dienen Träger, Lütjhe und Konsorten eher als Beleg, dass sie noch einen drauflegen können – weil die Studierenden ja ohnehin nicht zubeißen werden. Die historische Erfahrungen belegen, dass es ohne Kampf keine Erfolge gibt, die Mächtigen sind erst bereit, etwas zuzugestehen, wenn der Preis für sie so hoch wird, sie die Kontrolle über die Situation zu verlieren drohen. Daher sollten wir kämpfen – um die Gegenseite zu Zugeständnissen zu zwingen, oder, was noch besser wäre, gleich eine ganz andere Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen.

## Gebührenwirrwarr

Die TeilnehmerInnen der Norddemo Ende des letzten Semesters hatten noch gut jubeln: die Einführung von Strafgebühren für angebliche Langzeitstudis sowie für Nicht-Hamburger stand zwar im neuen Hochschulmodernisierungsgesetz, der für den Erlaß einer entsprechenden Umsetzungsatzung zuständige Hochschulrat hatte jedoch nicht mehr rechtzeitig bis zum Semesterende getagt, bzw. diesen Punkt auf seiner konstituierenden Sitzung nicht mehr besprochen. „Nun sind wir aus dem Schneider“, dachte langzeitstudentin sich. Kein pünktlicher -externer- Hochschulrat, also keine Satzung, also keine Studiengebühren (wenigstens für dieses Semester) dachten wir uns. Doch dann, am frühen Morgen des 23. Februar, konnten wir es als Schlagzeile des Hamburger Abendblatts lesen. „Uni Hamburg bittet 6.000 Studenten zur Kasse“ oder so ähnlich. Einige Tage darauf flatterte dann auch Post von der Uni ins Haus. Keine Zahlungsaufforderung, das nicht direkt, sondern eine Art Befragungsbogen. Dieser sollte bis zum 10. März zurückgeschickt werden, versehen mit eventuellen Gründen, die eine „Ausnahme von der Gebührenpflicht“ rechtfertigen könnten, alles belegt bitte und, natürlich, amtlich beglaubigt. Sonst Rückmeldung ab jetzt erst nach Zahlung von 500 Euro möglich, hieß es. Ach so, und von Anfragen, telefonisch oder persönlich, bitte man abzusehen. „wegen der großen Menge der Fälle“. Seitdem standen bei der Rechts-, Studien- und Sozialberatung ASTA die Telefone nicht mehr still, auf dem ASTA-Flur drängten sich entsetzte Langzeitstudis, Menschen aus Lübeck und solche im Zweitstudium.

Und wir fragten uns: Wie ist die nun wohl doch plötzlich existente Gebührensatzung bloß zustande gekommen, so ohne Hochschulrat? Wer hat's erfunden? Is zwar Baseler Modell, ab die Univerwaltung war's! Und zwar in Person eines ausgesprochen eifrigen oberen Verwaltungsbeamten. Und weil das alles wohl nicht ganz so rechtmäßig war und in dem Anschreiben wie auch in dem Anhörungsbogen diverse juristische Fehler enthalten waren, darum gab's zwei Tage drauf ein neues Schreiben. Aber keine neue Frist. Was es aber gab, war eine Info-Veranstaltung des ASTA-Sozialreferats.

Und während die Unileitung meinte, von der Strafgebührenregelung wären vielleicht so 200 Leute äh negativ betroffen, der Rest sind sowieso nur Scheinstudenten und solche, die vergessen haben, sich zu exmatriculieren und die wären dann eben hopps und weg, während die Unileitung dies also annahm, füllte die Masse der Ratsuchenden bei dieser Veranstaltung den Großen Hörsaal in Hauptgebäude.

Und bis zum Ende der ersten Märzwoche ergab sich dann folgendes (nachzulesen auch auf der Homepage der Uni): Auch das zweite Anschreiben ist irgendwie ziemlich mangelhaft. Der Anhörungsbogen soll bitte nicht zurückgeschickt werden. Die Damen und Herren Langzeitstudierenden mögen bitte warten, bis ihnen das nächste Schreiben zugesandt wird, wann immer das ist. Ach ja, und die Rückmeldeunterlagen, Studiausweis und Semesterticket, schließlich alles schon teuer bezahlt, wurden inzwischen sogar zugestellt.

Nun geht das Semester wieder los. Wir meinen: warten wir nicht, bis die Unileitung sich regt. Regen wir uns als erste! Weg mit den Studiengebühren, weg mit dem neuen (und alten) Wissenschaftsabwickler-Senator Dräger und dem ganzen Senat! Bildung für alle und zwar umsonst!

## VolxUni erfolgreich

Die Volksinitiative „VolxUni – Rettet die Bildung!“ wurde mit knapp 14.000 Unterschriften zu einem Riesenerfolg für die Studentinnen und Studenten der HWP. Damit liegt der Bürgerschaft ein Antrag vor, die HWP zu erhalten, Studiengebühren zu verbieten und demokratische Selbstverwaltung an den Hochschulen zu ermöglichen. Tausende Hamburgerinnen und Hamburger unterstützten mit ihrer Unterschrift dieses Anliegen.

Doch die HWP befindet sich weiterhin in höchster Not. Der wiedergewählte Bürgermeister Ole von Beust hatte kurz vor der Wahl angekündigt, für die HWP sei kein Platz mehr in Hamburg. Und Chef-Abwickler Jörg Dräger ist der alte und neue Wissenschaftssenator. Die HWP soll weiterhin im WWI-Bunker untergehen.

Im vergangenen Wintersemester protestierten die HWPler mit phantasievollen Demos und entschlossenen Streiks gegen die Auflösung der HWP. Ein Ruck ging durch die Hochschule und motivierte unsere Kollegen an der Uni Hamburg zu einem vierwöchigen Streik. Die ganze Stadt blinkte wochenlang gebannt auf den Protest der Studenten.

Und wo stehen wir heute? Im ASIA der HWP haben sich die Gewichte verlagert. Viele, die ihr ganzes Engagement für den Erhalt unserer Hochschule einsetzten, wurden vergrault. Andere, die schon früh die Fusionspläne hingenommen hatten, machen sich weiter im ASIA-Büro breit. Erst kürzlich kursierte ein Papier, in dem für das Cafe Knallhart Gespräche „zur Sicherung in den anstehenden Fusionsverhandlungen zwischen der HWP und der Universität“ angekündigt wurden – unterzeichnet von einem notorisch unter (falscher) ASIA-Flagge segelnden studentischen Hochschulsenatsvertreter. Klappe zu – Affe tot?

Nein. Das war und ist unsere Antwort auf Pläne, die HWP abzuschaffen. Nein zum Todesstoß für ein Studium ohne Abitur. Nein auch zu all denen, die die HWP einfach verschern wollen. Und wenn der ASIA nicht mehr für die Interessen der HWP-Studierenden eintritt, dann müssen es die Studierenden eben selbst tun. Das macht mehr Spaß und bringt auch mehr Erfolge. Der Streik an der Uni Hamburg lief ohne ASIA wie geschmiert. Und als allererste haben die HWPler gezeigt, dass sie protestieren können. Packen wir's an!

## 2005 in Caracas

Im August kommenden Jahres wird in Venezuelas Hauptstadt Caracas ein internationales Treffen von zehntausenden Jugendlichen und Studierenden stattfinden. Die „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ werden damit zum 16. Mal durchgeführt, haben also bereits eine lange Geschichte hinter sich, die im Jahre 1947 im zerstörten Prag begann.

Hauptorganisator der Festivals ist der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), ein internationaler Zusammenschluss von linken Jugendverbänden auf allen Kontinenten. In Venezuela organisieren die Jugend der Fünften Republik (JVR) und die Kommunistische Jugend (JCV) die Weltfestspiele.

David Velasquez, Generalsekretär der JCV, erläutert: „Die Durchführung des Festivals in Venezuela ist ein Ausdruck



der Solidarität und der Unterstützung für den revolutionären bolivarianischen Prozeß, für den Kampf, der heute in Lateinamerika gegen den Neoliberalismus und Imperialismus entwickelt wird, wie auch ein Ausdruck der Bereitschaft, weltweit die Errungenschaften und Erfolge einer Revolution zu verteidigen, die beweist, daß eine andere Welt möglich ist.“

Seit über fünf Jahren läuft in dem südamerikanischen Land ein tiefgreifender Veränderungsprozeß. Eine Bodenreform, das Verbot der Privatisierung der Erdölindustrie, eine große Alphabetisierungskampagne und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung der armen Bevölkerungsmehrheit sind Kernpunkte des Regierungsprogramm von Präsident Hugo Chávez. Mit der Wahl Venezuelas als Austragungsort will der WBDJ seine Unterstützung für diese Politik ausdrücken.

Im Sommer wird sich auch in Deutschland ein Vorbereitungs-komitee zu den Weltfestspielen konstituieren und dann intensiv die Beteiligung aus unserem Land vorbereiten. Die AMS wird sich an dieser Vorbereitung aktiv beteiligen.

Einige wichtige Veranstaltungen (genauer wird noch bekannt gegeben):

- 15.04. wahrscheinlich Uni-Vollversammlung
- 16.04. Senator Dräger kommt die HWP besuchen
- 06.05., 18 Uhr Veranstaltung der AMS zur Kritik der EU-Verfassung mit B. Karmin und H. Bethge

AMS Hamburg,  
Lindenallee 72,  
20259 Hamburg  
e-mail:  
hamburg@marxisten.de,  
Homepage:  
www.ams-hamburg.de  
unsere Treffen:  
jeden Donnerstag 18 Uhr  
RomanistInnen-Café (Phil-Turm, 7. Stock):

